
**Vorlesung FH Dortmund – Fachbereich Informatik –
Wintersemester 2023/24**

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

oder

**was Geschäftsleitung, Vertrieb und Entwicklung schon immer wissen
wollten, aber nicht zu fragen wagten!**

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

Rechtsanwalt Prof. Wolfgang Müller

Fachanwalt für Informationstechnologierecht

Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

Schlichter/Schiedsrichter nach SOBau

Honorarprofessor der Technischen Universität Dortmund

Lehrbeauftragter der Fachhochschule Dortmund

Schlüter Graf Rechtsanwälte PartG mbB, Dortmund / Hamburg / Dubai

IT- Recht Grundlagen für Informatiker

Problem- und praxisorientierte Tipps für die Vertragsgestaltung

- A) Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss
 - B) Sonstige Begrifflichkeiten
 - C) IT-Recht und Allgemeine Geschäftsbedingungen
 - D) Weitere typische Problemfelder
 - E) Das Ende von Vertragsbeziehungen
 - F) Rechtswahl
 - G) Eigentums- und Rechtserwerb
 - H) Urheberrecht
 - I) Gewährleistung und Garantie / typische Problemfelder
 - J) Haftung für Pflichtverletzungen und Rechtsverstöße
 - K) Rechtliche Gestaltung von IT-Projekten
 - L) Datenschutz
 - M) E-Commerce
 - N) Haftung / Verantwortlichkeit des Providers
 - O) Rechtliche Rahmenbedingungen sozialer Netze
 - P) Cloud Computing
 - Q) Open Source Software
 - R) Compliance im Unternehmen und IT-Sicherheit
 - S) Compliance im Vertrag
 - T) BYOD
 - U) Werbung, Telemarketing und Recht
 - V) Telephon, Telekommunikation, unified communications
 - W) IT-Sicherheitsgesetz
-

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

oder

„so war das aber nicht gemeint!“

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Begrifflichkeiten aus dem Vertragsrecht oder „Der erste Konflikt zwischen Technik, Vertrieb & Recht“



- AGB

- L

- Kauf

- W



ime

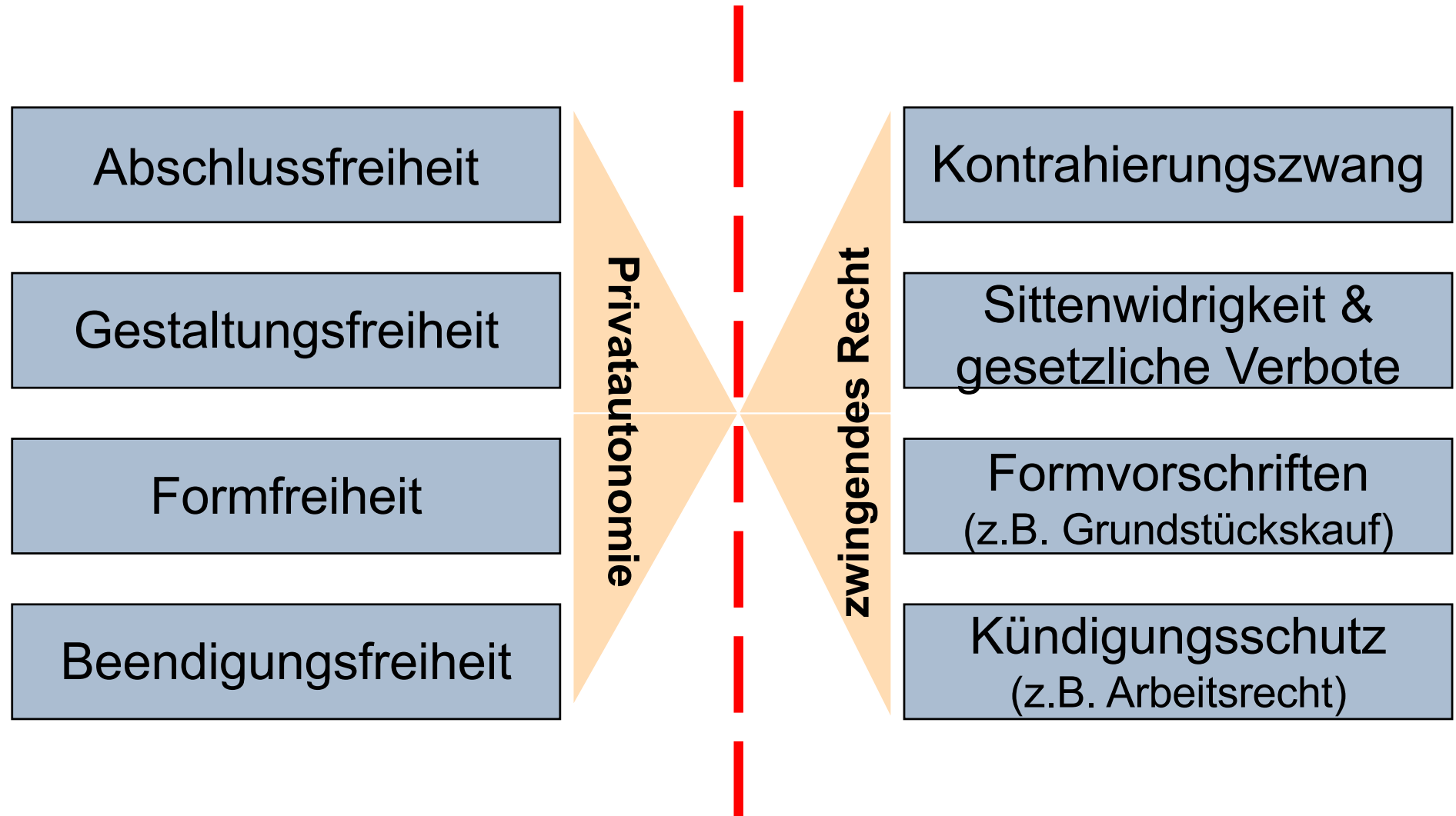
klärung

onomie

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Die Privatautonomie und ihre Grenzen oder „Was geht, was geht nicht!“



Ein Sachverhalt aus dem realen Leben (Fall 1):

Ihre Firma, die „**Software & Hardware GmbH**“, erhält per Post eine Mitteilung, nach der sich die „**Lebensmittel AG**“ für die umfassende Einführung eines neuen Warenwirtschaftssystems interessiert.

Ihre Mitarbeiter erstellen daraufhin einen umfangreichen Vorschlag unter Darstellung der Arbeitsinhalte und der Preise.

Dies alles übersenden Sie dann an die „**Lebensmittel AG**“.

Den Verantwortlichen der „**Lebensmittel AG**“ gefällt Ihr Vorschlag; sie beauftragen die „**Software & Hardware GmbH**“ mit der Einführung gemäß ihrem Vorschlag.

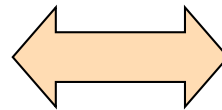
Vertrag geschlossen?

Angebot ...

empfangsbedürftige Willenserklärung, durch die ein Vertragsschluss einem anderen so angetragen wird, dass ein Zustandekommen des Vertrages **nur von dessen Einverständnis abhängt**

Annahme ...

empfangsbedürftige Willenserklärung, dass das Angebot **ohne Änderungen** akzeptiert wird



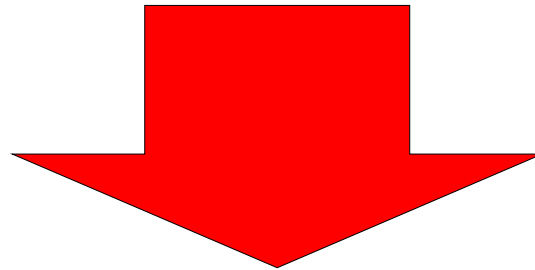
Vertrag

- Parteien
- Vertragsgegenstand
(Leistung)
- Gegenleistung

Achtung: **Zugangserfordernis!**

Angebot und Annahme werden definiert als:

empfangsbedürftige Willenserklärungen

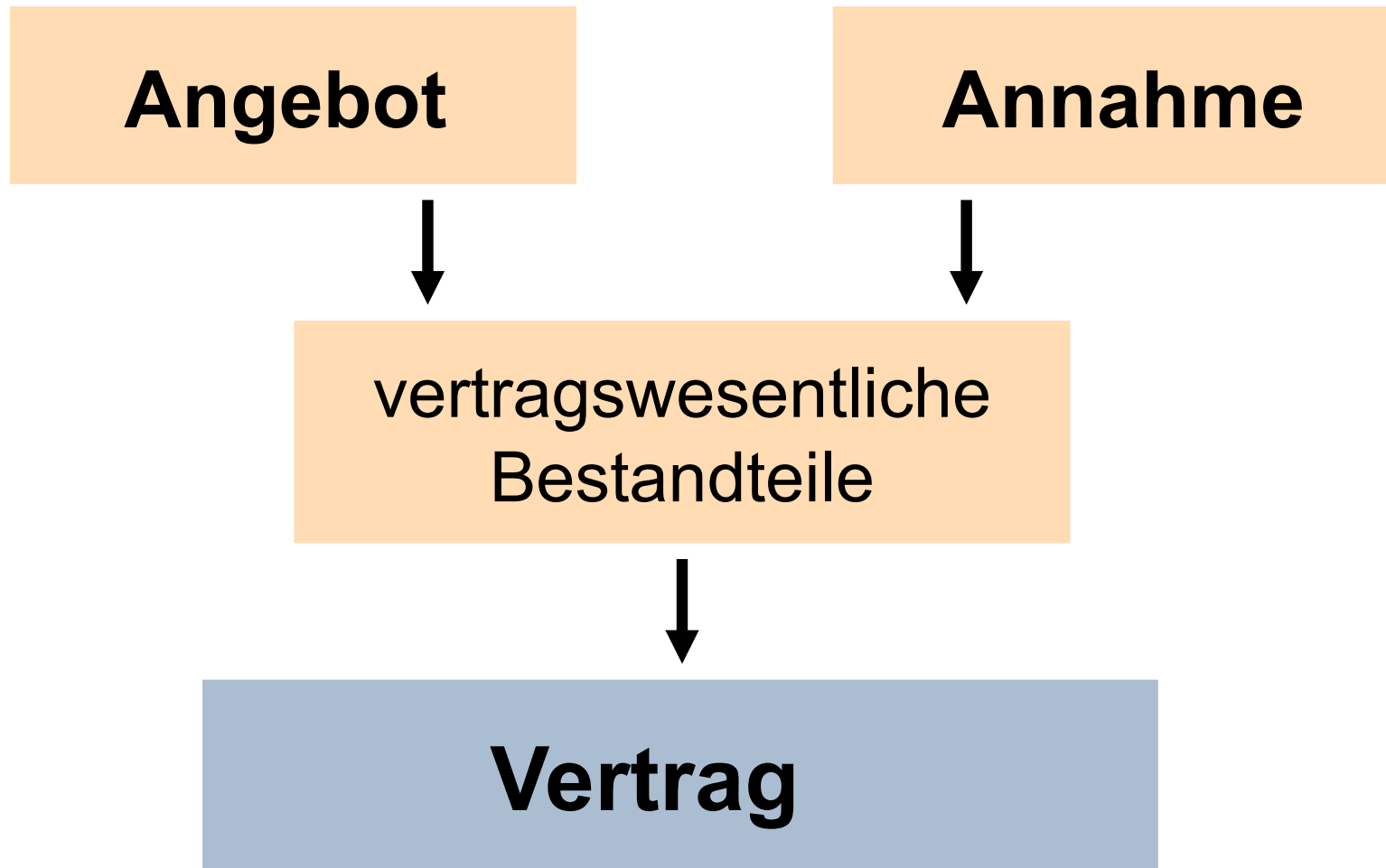


Der **Zugang** der Willenserklärung ist also **integrale Voraussetzung** für deren Wirksamkeit!

- Angebot gelangt in den **Machtbereich des Empfängers**
- Empfänger hat die **Möglichkeit zur Kenntnisnahme**

Entsprechendes gilt für **einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärungen** z.B.:

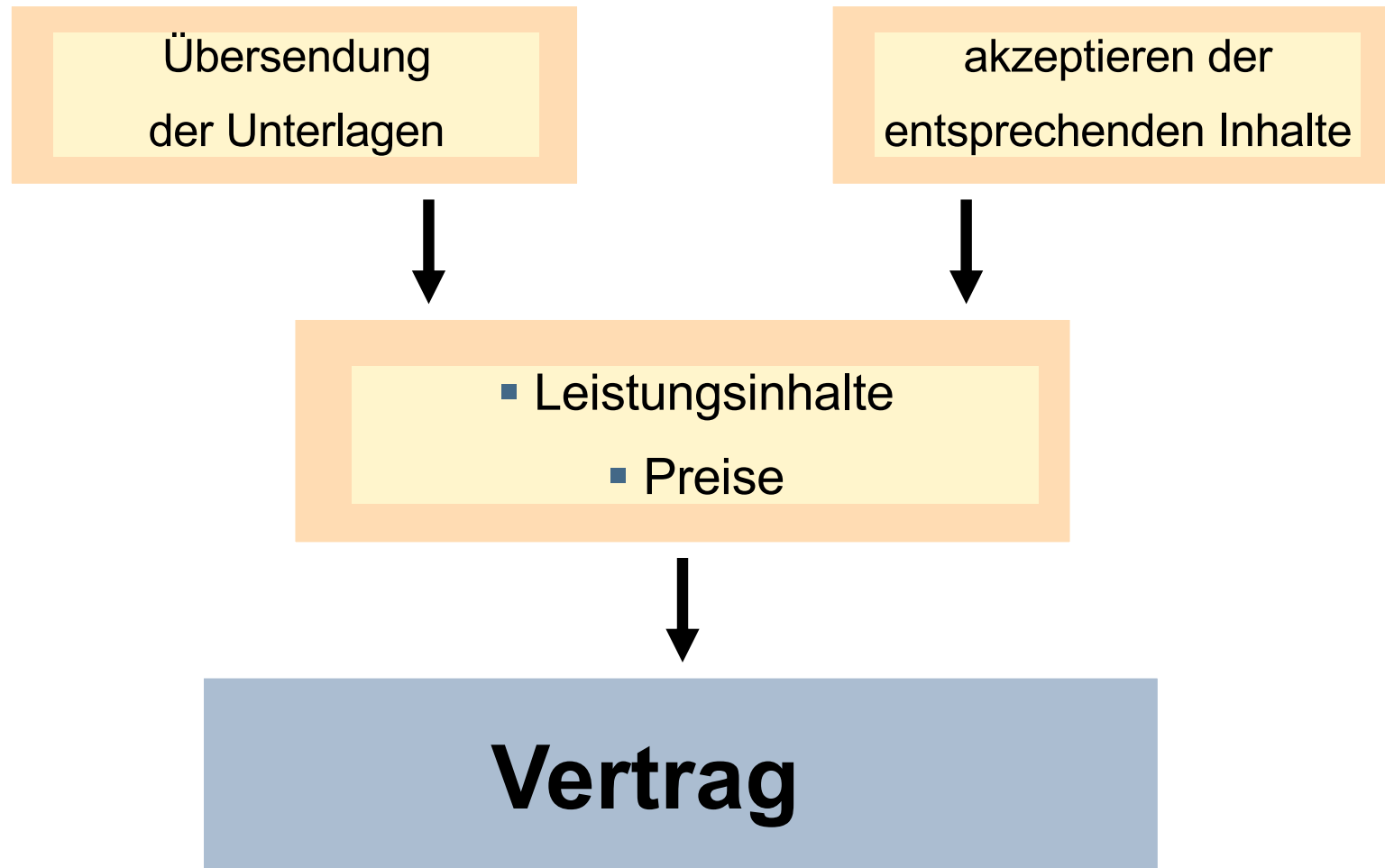
- **Kündigung**
- **Behinderungsanzeige**
- **Abnahmeverlangen**



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Angebot & Annahme – Grundlagen



Ein Sachverhalt aus dem realen Leben (Fall 2):

Alles wie gehabt: Ihre Firma, die „**Software & Hardware GmbH**“, übersendet der „**Lebensmittel AG**“ das umfassende Angebot zur Einführung des neuen Warenwirtschaftssystems.

Die „**Lebensmittel AG**“ erklärt die Annahme, und zwar:

1. Alt.: **mündlich,**
2. Alt.: **per Fax,**
3. Alt.: **per e-Mail.**

Als es um die Bezahlung geht, bestreiten die Verantwortlichen der „**Lebensmittel AG**“, Ihr Angebot in der beschriebenen Art jemals angenommen zu haben; dies sei so auch gar nicht möglich!

Sie fragen Ihren Inhouse-Juristen, ob das so einfach geht ...

**Ob das so
gut geht???**



Formerfordernisse bei Willenserklärungen

- Grundsatz der Privatautonomie: Formfreiheit
- mögliche „Formen“ von Vertragsabschlüssen können sein:
 - **konkludent**
 - **mündlich**
 - **SMS**
 - **FAX**
 - **@-Mail**
 - **eigenhändig unterschrieben**
 - **notarielle Beglaubigung**
 - **notarielle Beurkundung**

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

§ 126 Schriftform. (1) Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muss die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch **Namensunterschrift** oder **mittels notariell beglaubigten Handzeichens** unterzeichnet werden.

(2) ...

(3) Die schriftliche Form kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn sich nicht aus dem Gesetz anderes ergibt.

(4) Die schriftliche Form wird durch die notarielle Beurkundung ersetzt.



Meier-Sulzbach

oder

XXX

Die Echtheit der vor
mir geleisteten
Unterschrift
bestätige ich.

Schulze

Notar

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

§ 126 a Elektronische Form. (1) Soll die gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Form durch die elektronische Form ersetzt werden, so muß der Aussteller der Erklärung dieser seinen Namen hinzufügen und das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen.

(2) Bei einem Vertrag müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der in Absatz 1 bezeichneten Weise elektronisch signieren.

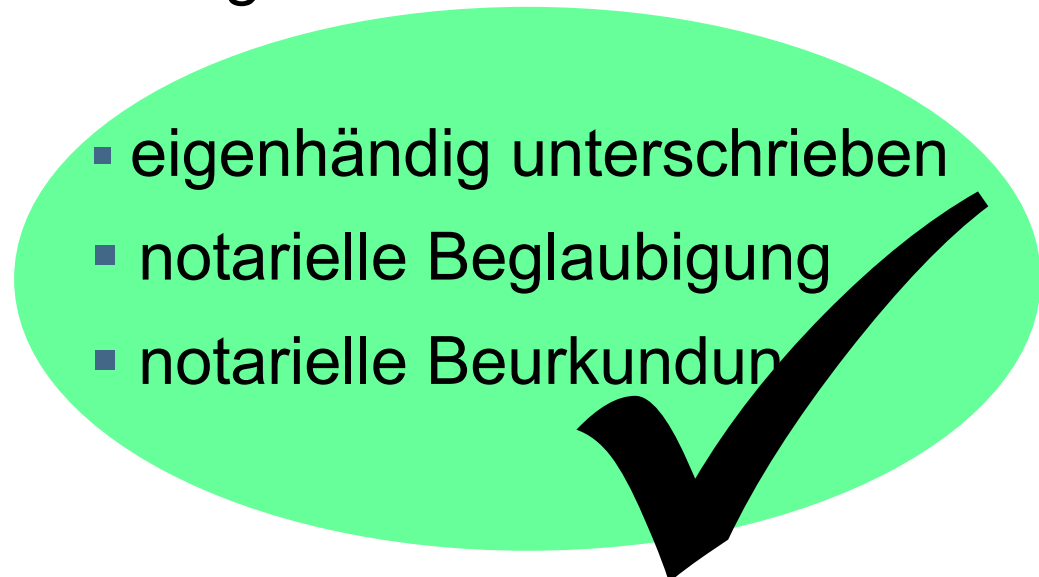
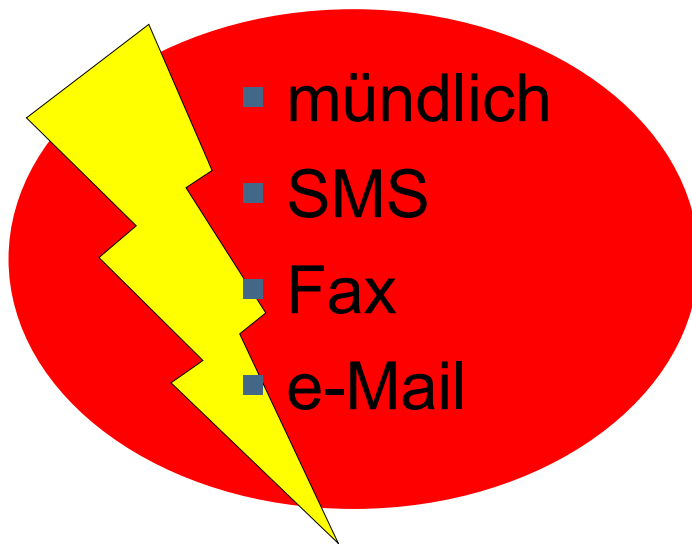
§ 126 b Textform. (1) Ist durch Gesetz Textform vorgeschrieben, so muss eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger abgegeben werden. Ein dauerhafter Datenträger ist jedes Medium, das

1. es dem Empfänger ermöglicht, eine auf dem Datenträger befindliche, an ihn persönlich gerichtete Erklärung so aufzubewahren oder zu speichern, dass sie ihm während eines für ihren Zweck angemessenen Zeitraums zugänglich ist, und
2. geeignet ist, die Erklärung unverändert wiederzugeben.



Formerfordernisse bei Willenserklärungen

- Grundsatz der Privatautonomie: Formfreiheit
- mögliche Formen von Vertragsabschlüssen können sein:



aber Problem:

Beweisbarkeit des **Zugangs!**

(anstelle vieler nur: BGH Urt. v. 7.12.1994 - VIII ZR 153/93)

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Derjenige, der sich auf die Wirksamkeit einer Willenserklärung (also z.B. einer Kündigung, einer Behinderungsanzeige, einer Vertragsannahme insgesamt oder zu bestimmten Bedingungen) berufen will, muss **nicht das Absenden**, sondern den

Zugang

der Willenserklärung **beweisen**!



Dazu muss er bei **Briefen, Faxen, @-Mails** also den **Nachweis** erbringen, dass die Willenserklärung **so in den Herrschaftsbereich des Empfängers gelangt ist, dass dieser unter normalen Verhältnissen die Möglichkeit hat, vom Inhalt der Erklärung Kenntnis zu nehmen!**

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Der Nachweis von Tatsachen muss grundsätzlich mit dem Verfahren des sog. „**Strengbeweises**“ geführt werden, d.h. **nur die insoweit in der ZPO aufgeführten Beweismittel sind geeignet die entsprechende Tatsache nachzuweisen!**

Hierbei handelt es sich um die folgenden **Beweismittel**:

- **Augenschein (§ § 371 – 372a ZPO)**
- **Zeugen (§ § 373 – 401 ZPO)**
- **Sachverständigen-Gutachten (§ § 402 – 414 ZPO)**
- **Urkunden (§ § 415 – 444 ZPO)**
- **Parteivernehmung (§ § 445 – 455 ZPO)**



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Ausnahme ist die Beweisführung auch durch den sog. „**Anscheinsbeweis**“ („**prima-facie-Beweis**“) möglich.

Der „**Anscheinsbeweis**“ ist **gesetzlich nicht geregelt aber gewohnheitsrechtlich anerkannt**. Er erlaubt bei **typischen Geschehensabläufen** den Nachweis eines ursächlichen Zusammenhangs oder eines schuldhaften Verhaltens **ohne exakte Tatsachengrundlage, sondern auf Grund von Erfahrungssätzen!**

Die Tatsachen, aus denen nach einem solchen Erfahrungssatz auf eine typischerweise eintretende Folge oder (umgekehrt) eine bestimmte Ursache geschlossen werden kann, müssen aber entweder unstrittig oder mit Strengbeweis bewiesen werden.



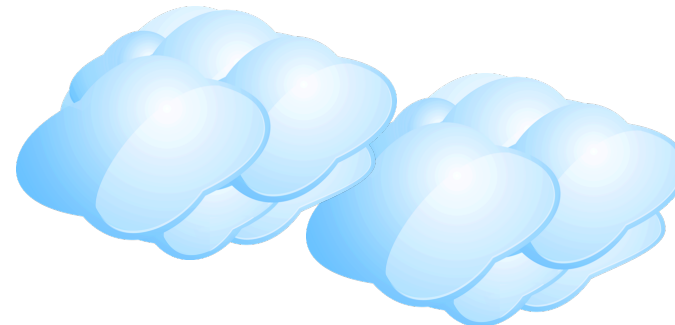
„Es kann zu dem fraglichen Zeitpunkt in A nicht geregnet haben!“

„Es war aber doch keiner dort um dies festzustellen!“

„Der Wetterdienst hat aber für diesen Bereich blauen Himmel ohne Wolken festgestellt!“

„Ohne Wolken, kein Regen!“

„Also hat es dort nicht geregnet!“



Aber der „**OK-Vermerk**“
eines Sendeberichtes ist
auch nach der aktuellen
Rechtsprechung des
BGH* aus 2014 lediglich
ein Indiz für einen Zugang,
**erbringt aber nicht den
Beweis und auch nicht
den Anscheinsbeweis für
den Zugang!**



*so zuletzt BGH Urteil v.19.02.2014, IV ZR 163/13, NJW-RR 14, 683 Tz 27 mwN

**Dies gilt nach der
Rechtsprechung des
BGH* auch im Hinblick auf
die/trotz der technische(n)
Weiterentwicklung auf
dem Gebiet der
Telekommunikation!**



***Und was
bitte sind
nun schon
wieder
Indizien???***



Indizien sind sog.
„**mittelbare Tatsachen**“, die
ggf. den Schluss auf
Tatsachen zulassen, die die
Grundlage der rechtlichen
Bewertung sein sollen
!!!





Indizien können evtl. dazu
führen, dass das Gericht
angehalten ist den anderen
Teil – hier den angeblichen
Empfänger - aufzufordern
weitere Angaben zum
Geschehensablauf auf
seiner Seite zu machen
!!!



z.B.:

- welches Gerät er auf seiner Seite betreibt
- ob die Verbindung im Speicher enthalten ist
- ob und in welcher Weise er ein Eingangsjournal führt usw.



**Hieraus kann es dann
wiederum evtl. veranlasst
sein ein Sachverständigen-
Gutachten einzuholen,
muss es aber nicht sein!**



Im Zusammenhang der insoweit insgesamt gewonnenen Erkenntnisse kann dann das Gericht den „OK-Vermerk“ als ein Kriterium unter anderen bei der Beweiswürdigung hinsichtlich der Frage des Zugangs berücksichtigen!



Aber Achtung:

Eine Ausforschung des Sachverhaltes durch das Gericht ist grundsätzlich **unzulässig!!!**

Wir bewegen uns hier also auf einem ganz schmalen Grad!!!



Aber holla die Waldfee!!!

In den klassischen Telefonnetzen (analog/ISDN) wurde der Dienst der Faxübertragung als Teil des Telefondienstes realisiert. Die Faxübertragung ist zwar auch in den neuen Netzen kommen derzeit die Übertragungs- bzw. Kodierungsverfahren **T.30** sowie **T.38** oder **G.711** zum Einsatz und es kann aufgrund der **technischen Eigenschaften der IP-Netze** und **z.B. durch das Umkodieren** vermehrt zu Übertragungsfehlern und Verbindungsabbrüchen kommen!



Damit dürfte aber auch die Indizwirkung, die dem „OK-Vermerk“ durch den BGH zugebilligt wird, wegen „der technischen Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation“ Geschichte sein können!!!



**Entsprechendes gilt
selbstverständlich auch
für @-Mails!!!**



Ein Sachverhalt aus dem realen Leben (Fall 3):

Wie im Ausgangsfall, und Sie übersenden erneut umfassende Unterlagen an die „**Lebensmittel AG**“.

Den Verantwortlichen der „**Lebensmittel AG**“ gefällt Ihr Vorschlag inhaltlich gut, der Preis ist aber zu hoch und sie schlagen Ihnen einen niedrigeren Preis vor.

Sie erkennen, dass der neue Preis für Sie ebenfalls akzeptabel ist und willigen ein.

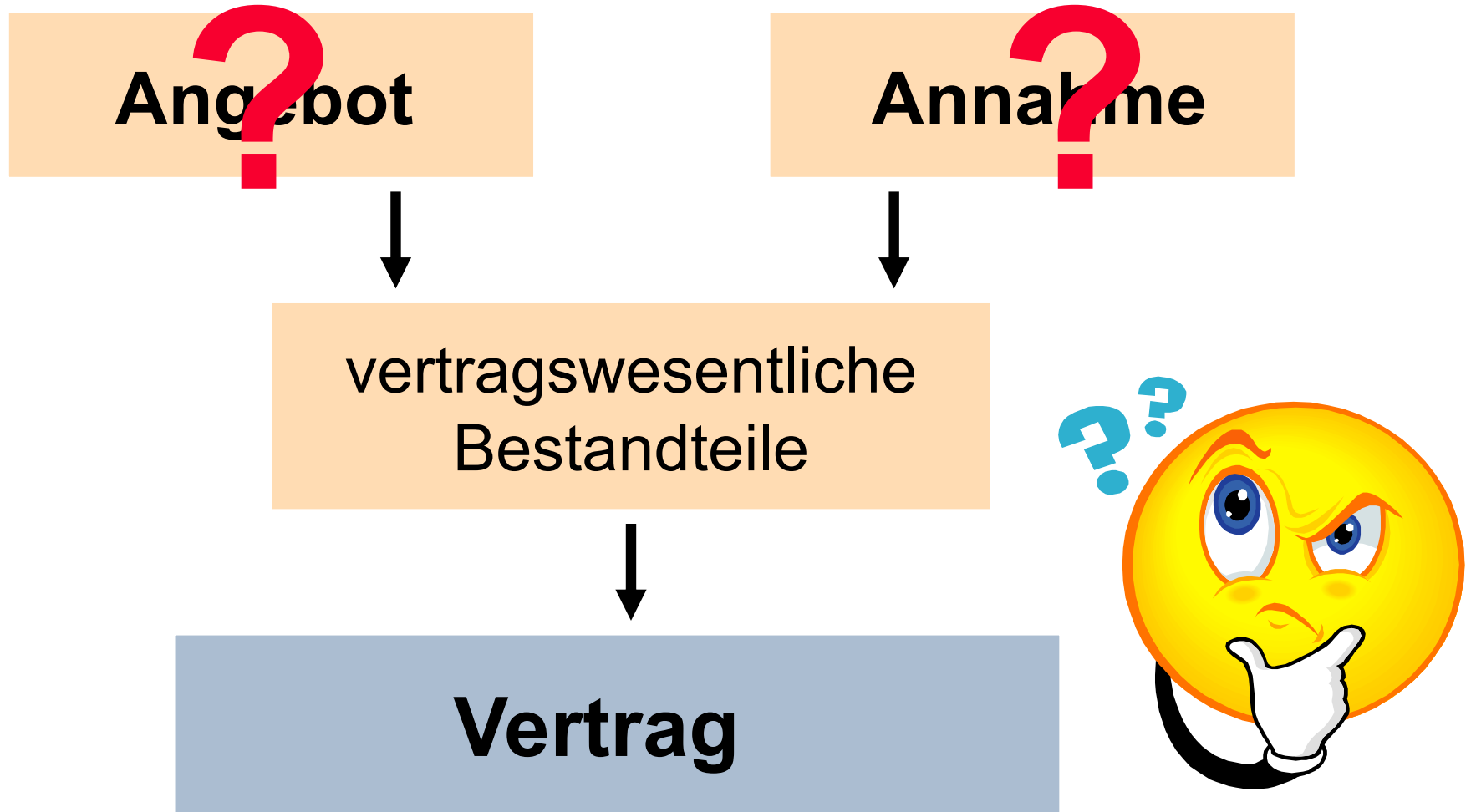
Daraufhin werden Sie gemäß Ihrem inhaltlichen Vorschlag von der „**Lebensmittel AG**“ zu dem neuen Preis mit der Einführung des Warenwirtschaftssystems beauftragt.

Vertrag zustandegekommen?

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Angebot & Annahme – Änderungen



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Angebot & Annahme – Änderungen

**Software &
Hardware GmbH**

Angebot



Lebensmittel AG

**keine unmittelbare
Annahme,**

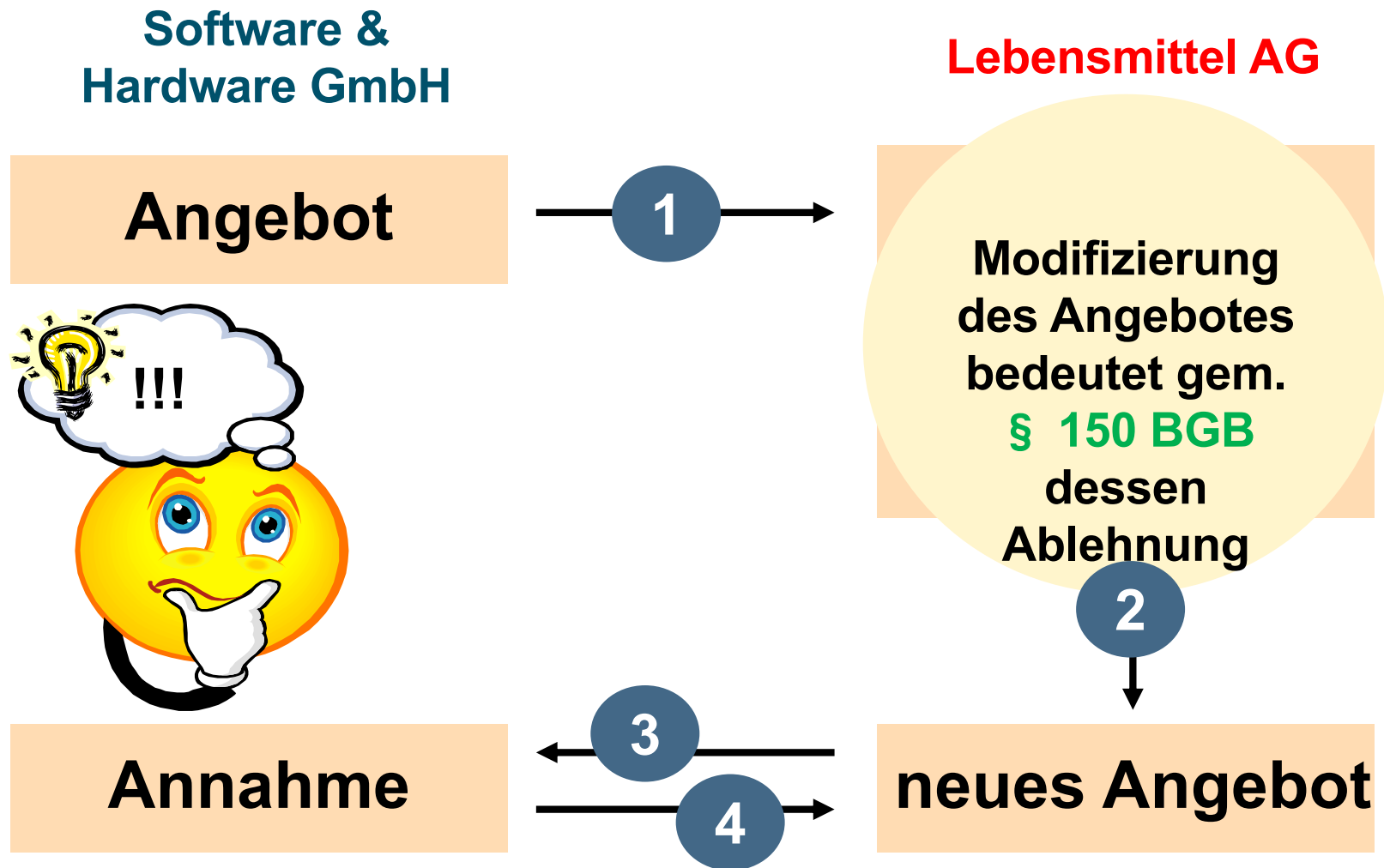
sondern Annahme

- unter **Vorbehalt**, oder
- **Änderungen**, oder
- **verspätete** Annahme

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Angebot & Annahme – Änderungen



Ein Sachverhalt aus dem realen Leben (Fall 4):

Sie sind Geschäftsführer der „*Software & Hardware GmbH*“.

Ihre Assistentin legt Ihnen eines Tages zusammen mit der Eingangspost auch die aktuelle regionale Tageszeitung vor. Als Beilage darin enthalten ist die Werbung eines kleineren Elektronikfachgeschäftes, die Sie detailliert studieren, da Sie sich schon lange für eine neue Digitalkamera interessieren.

Sie finden ein attraktives Angebot und fahren tags drauf zu dem Geschäft, um das Angebot zu kaufen – leider sind bereits alle entsprechenden Digitalkameras verkauft und der Händler kann Ihnen keine dieser Kameras mehr anbieten.

Sie überlegen, was Sie machen können ...

Also:

Digitalkamera ES 3310

- * 6,6 Megapixel
- * Titan Silber
- * 4x Zoom
- * 16 MB Speicher
- * Video mit Ton



inklusive
Bildbearbeitungssoftware

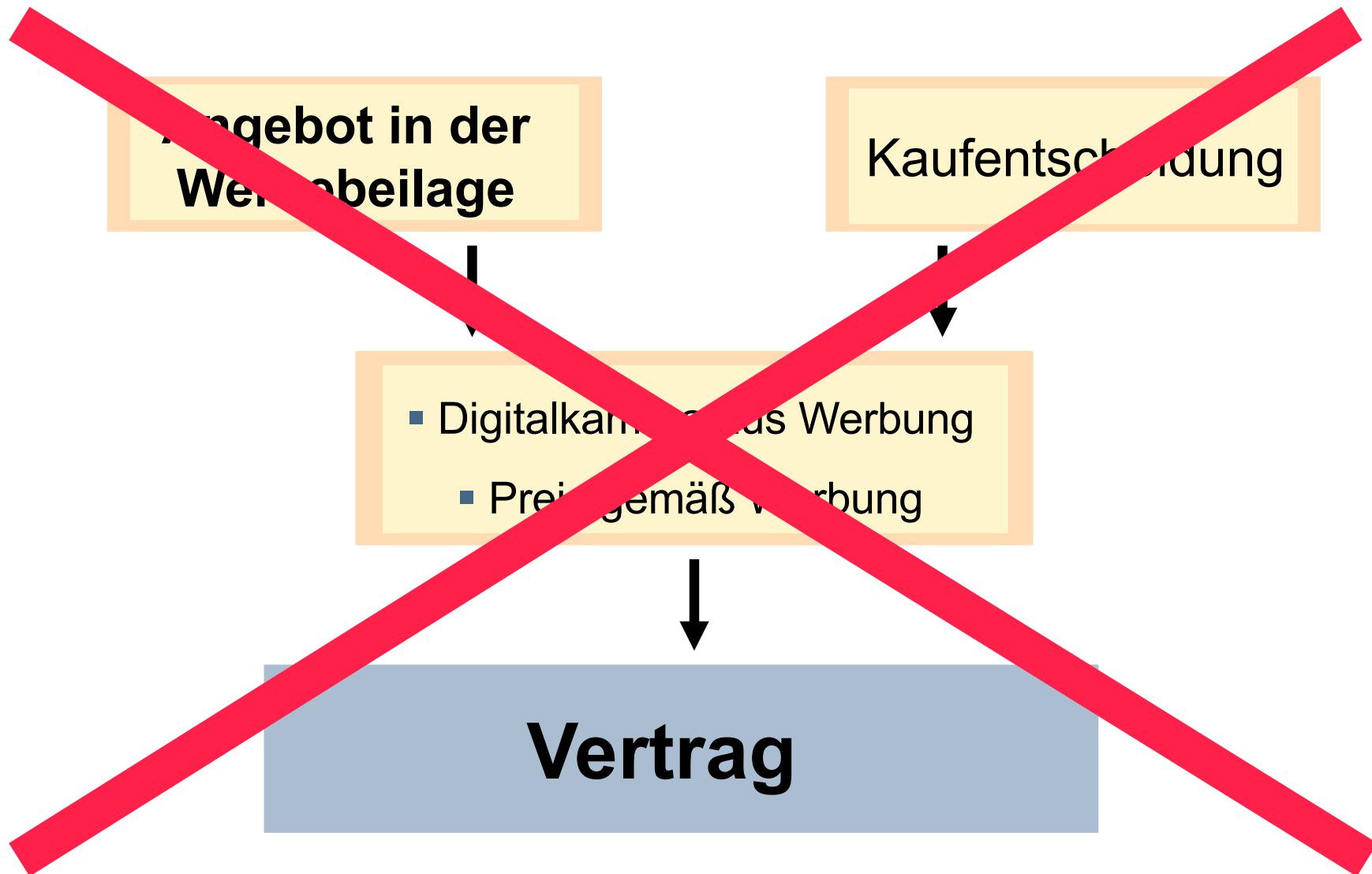
UVP des Herstellers
249 €



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

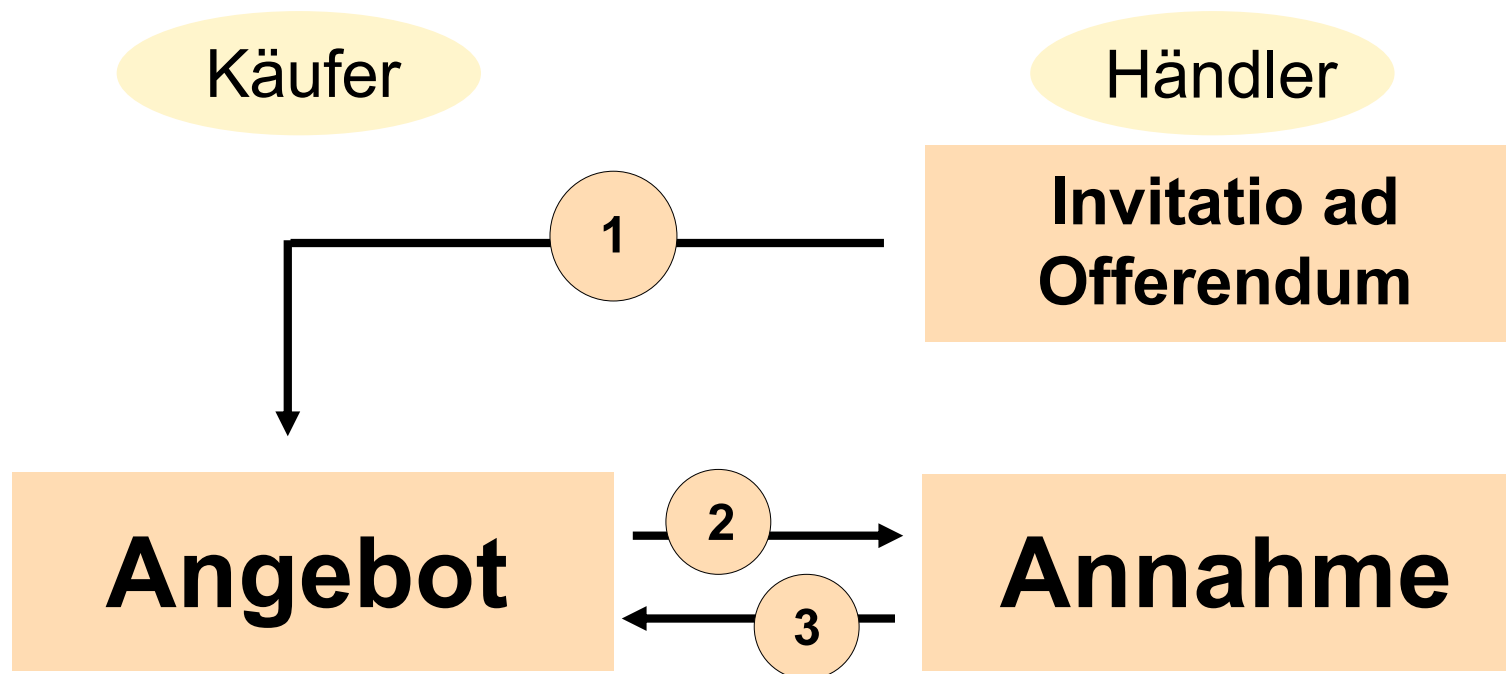
Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Angebot & Annahme – Abgrenzungen



Invitatio ad Offerendum

- unverbindliche Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes
 - z.B. durch Werbeprospekte
 - Schaufensterauslage
- Aufforderung selber stellt gerade noch kein Angebot dar



Also:

Digitalkamera ES 3310

- * 6,6 Megapixel
- * Titan Silber
- * 4x Zoom
- * 16 MB Speicher
- * Video mit Ton



inklusive
Bildbearbeitungssoftware



KEIN Angebot
im juristischen
Sinne, sondern
eine **Invitatio**
ad
Offerendum!



Ein Sachverhalt aus dem realen Leben (Fall 5):

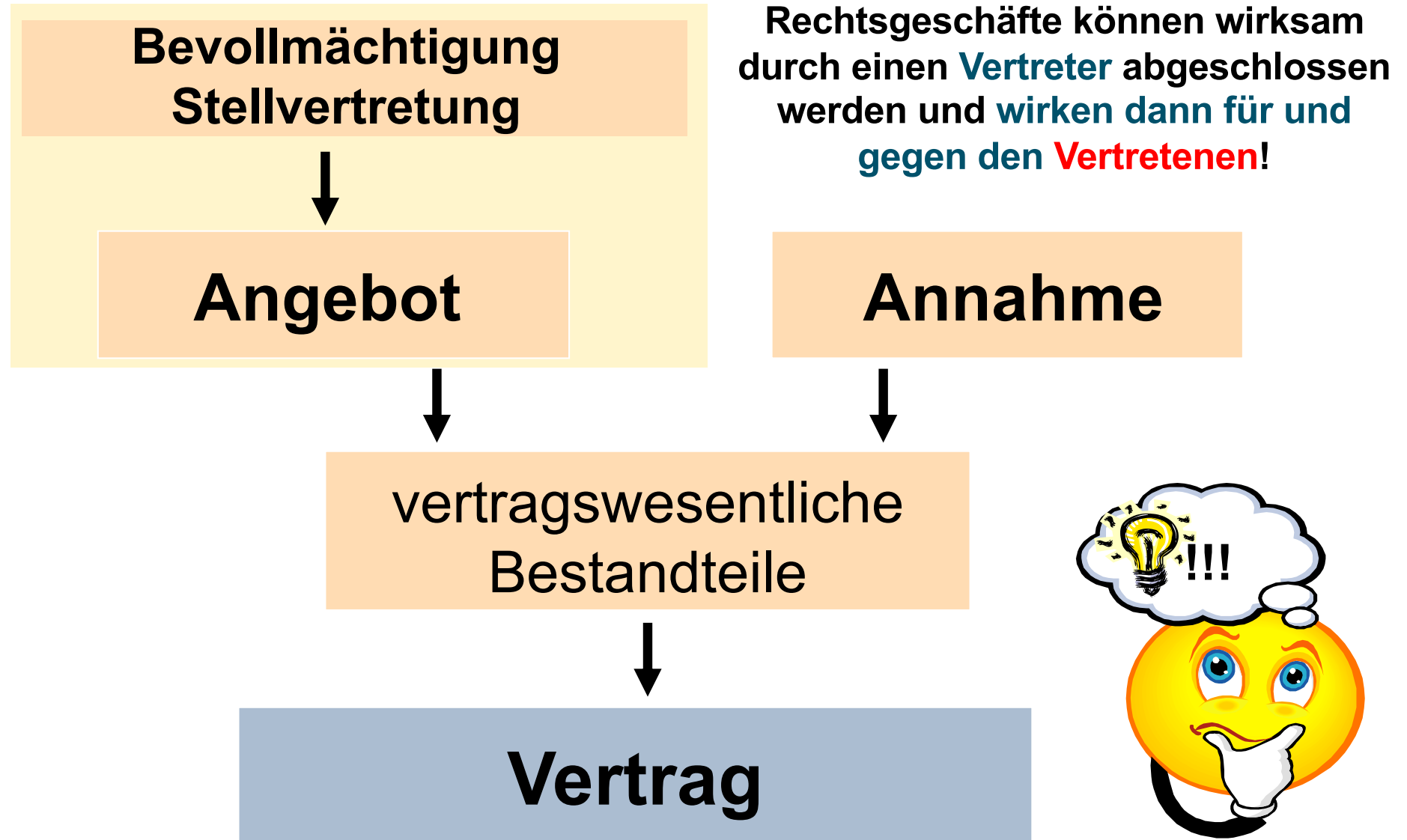
Sie sind noch immer an einer neuen Digitalkamera interessiert.

Leider haben Sie beruflich im Moment sehr wenig Zeit und schicken daher Ihre Assistentin mit der Bitte los, für Sie eine ganz bestimmte Kamera zu kaufen.

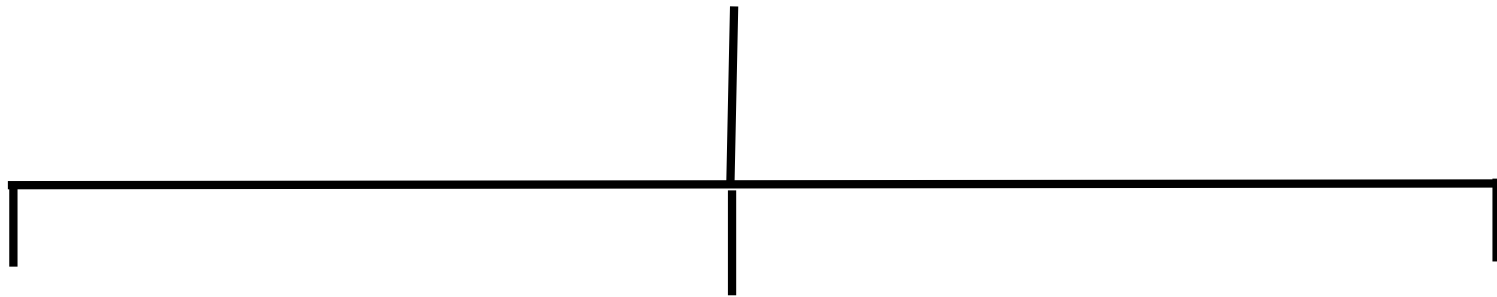
Sie geben ihr das passende Geld mit und beschreiben exakt, welches Modell Sie gerne hätten.

Ihre Assistentin geht in das Geschäft und erwirbt unter dem Verweis, für Sie die Kamera kaufen zu wollen, das korrekte Modell, bezahlt und bringt Ihnen Ihre neue Digitalkamera.

Was ist denn hier passiert?



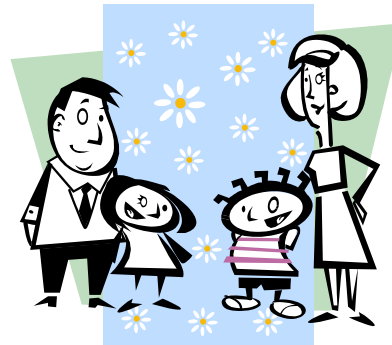
Drei Arten der Stellvertretung:



„rechtsgeschäftliche“



„gesetzliche“



„organschaftliche“



Recht der Stellvertretung im BGB

■ Vertretungsrecht im BGB – allgemeine Regeln

■ „Eine Willenserklärung, die jemand innerhalb der ihm zustehenden Vertretungsmacht im Namen des Vertretenen abgibt, wirkt unmittelbar für und gegen den Vertretenen.“ (§ 164 I BGB)

■ Vertretungsmacht richtet sich also nach den Bestimmungen im Innenverhältnis

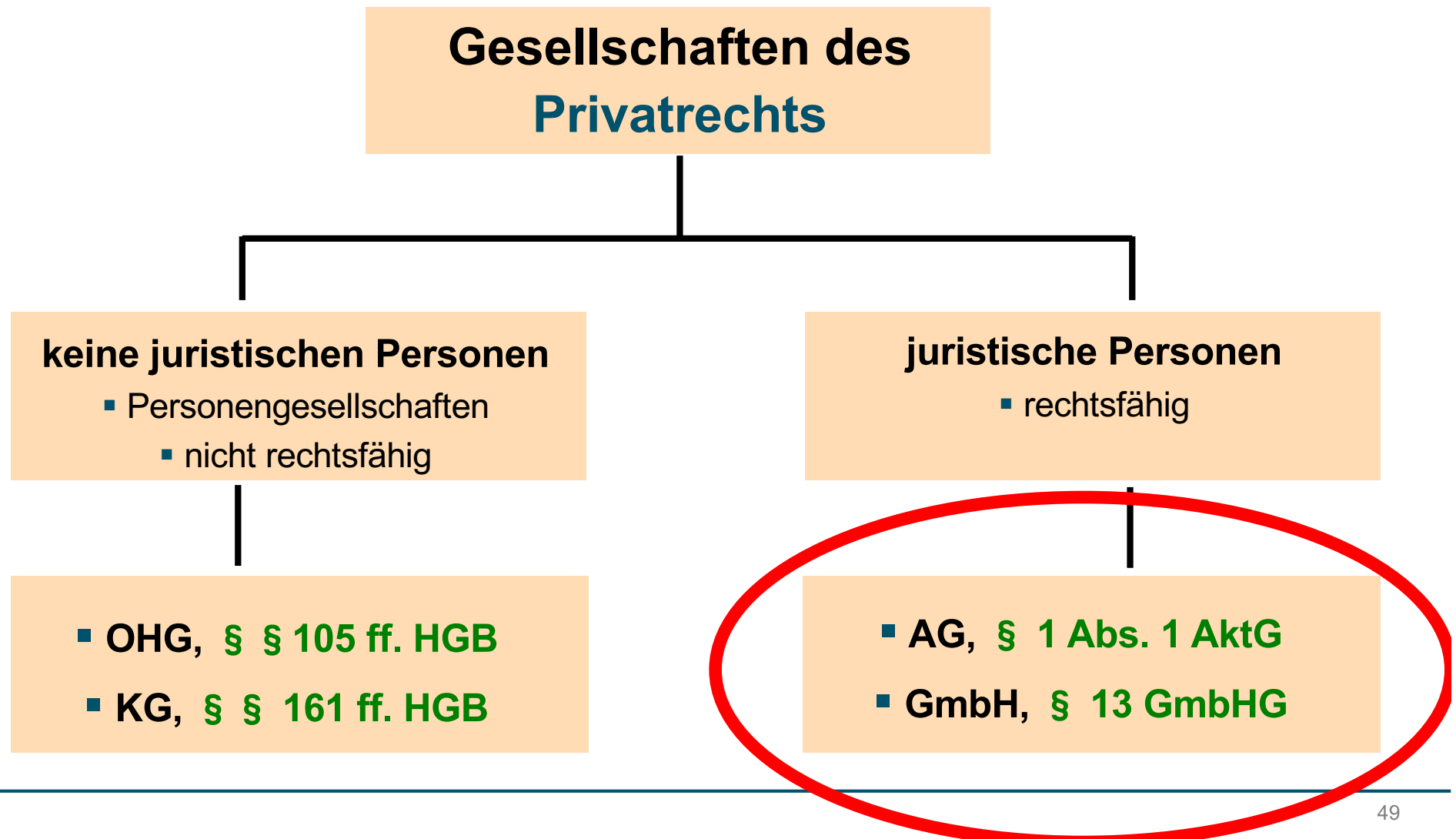
■ **Beispiel:** Vollmachtenregelung, Unterschriftenregelung

■ **Gefahr:** Setzen einer Rechtsscheinsvollmacht durch vorheriges Handeln!

Recht der Stellvertretung im HGB

- **Vertretungsrecht im HGB – handelsrechtliche Regeln**
 - die Erteilung einer **Prokura** gemäß **§ 48 HGB**
 - Eintragung im Handelsregister
 - Unterschrift unter Beifügung des Kürzels „ppa“ (per Prokura)
 - die Erteilung einer **Handlungsvollmacht** gem. **§ 54 HGB**
 - keine Eintragung im Handelsregister
 - Unterschrift unter Beifügung des Kürzels „i. V.“ (in Vertretung)
- **Tipp:** im Zweifel die Bestellungsurkunde zeigen lassen!

Exkurs: Recht der Stellvertretung bei Gesellschaften



IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Exkurs: natürliche Person – juristische Person

Mensch =
natürliche Person

Juristische Person =
Papiertiger!!!

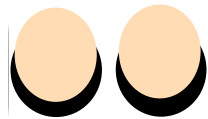


IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Exkurs: Gesellschaftsformen / Personengesellschaften

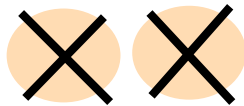
Personengesellschaften / Personenhandelsgesellschaften



GBR= Gesellschaft
bürgerlichen Rechts

??? =

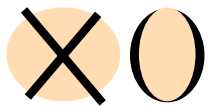
Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks!



oHG= offene
Handelsgesellschaft

??? =

Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks, der in dem Betreiben eines Handelsgewerbes liegt!



KG=Kommanditgesell-
schaft

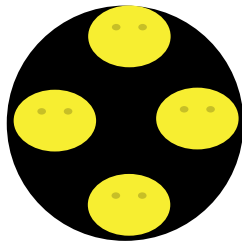
??? =

Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks, der in dem Betreiben eines Handelsgewerbes liegt und bei dem mindestens eine Person persönlich haftender Gesellschafter (=Komplementär) und mindestens ein Person beschränkt haftender Gesellschafter (= Kommanditist) ist!

≠



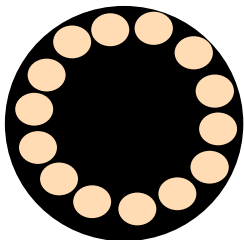
Kapitalgesellschaften



GmbH = Gesellschaft mit
beschränkter Haftung

??? =

Zusammenschluss von i.d.R. zwei oder mehreren Personen zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks – nicht notwendigerweise zum Betreiben eines Handelsgewerbes – in der Form einer juristischen Person!



AG = Aktiengesellschaft

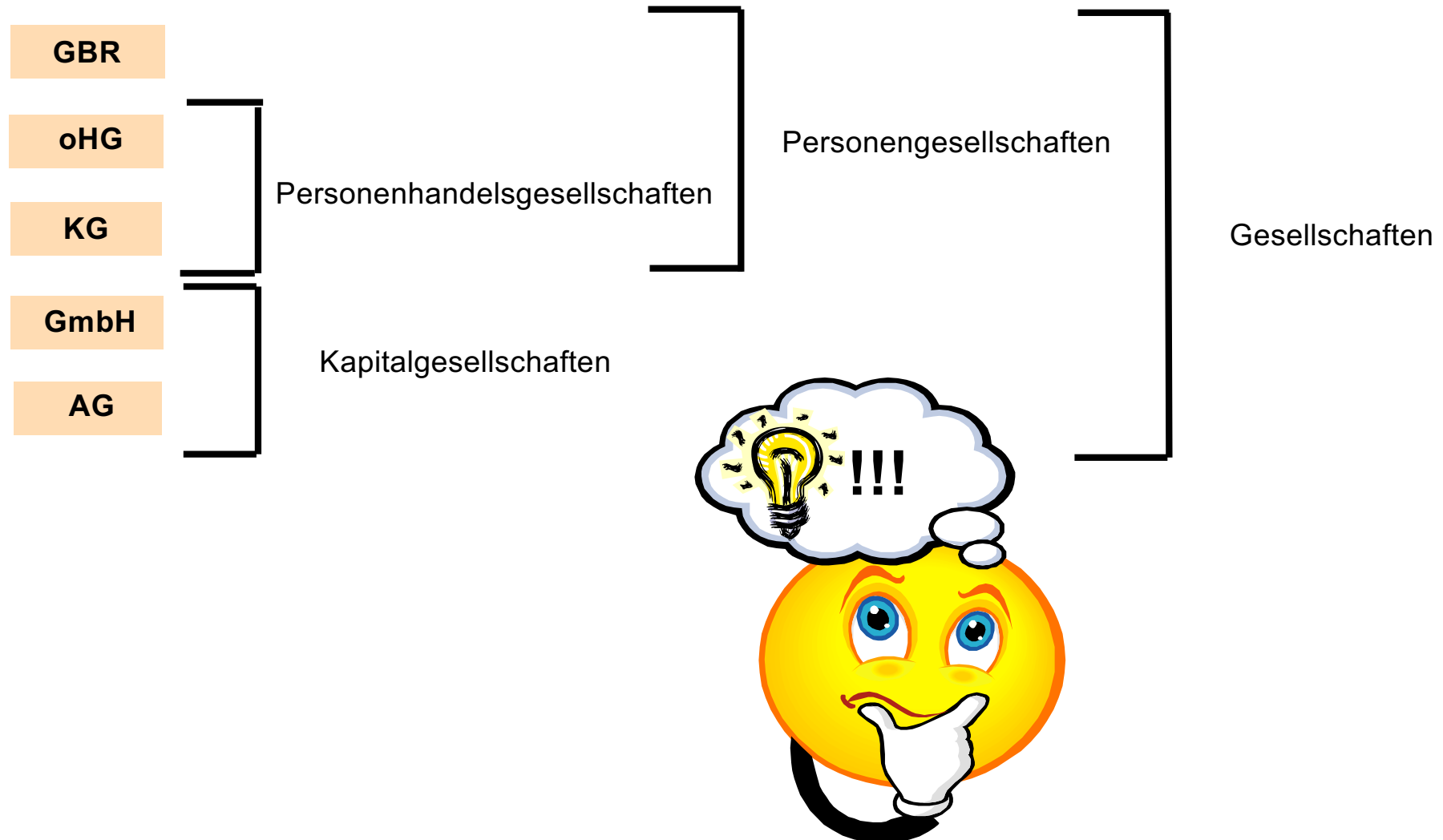
??? =

Zusammenschluss von i.d.R. zwei oder mehreren Personen zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks der in dem Betreiben eines Handelsgewerbes liegt, in der Form einer juristischen Person und unter Ausgabe von Beteiligungsrechten!

IT-Recht Grundlagen für Informatiker

Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss

Exkurs: Gesellschaftsformen/Kapitalgesellschaften



Recht der Stellvertretung bei Kapitalgesellschaften

■ juristische Person

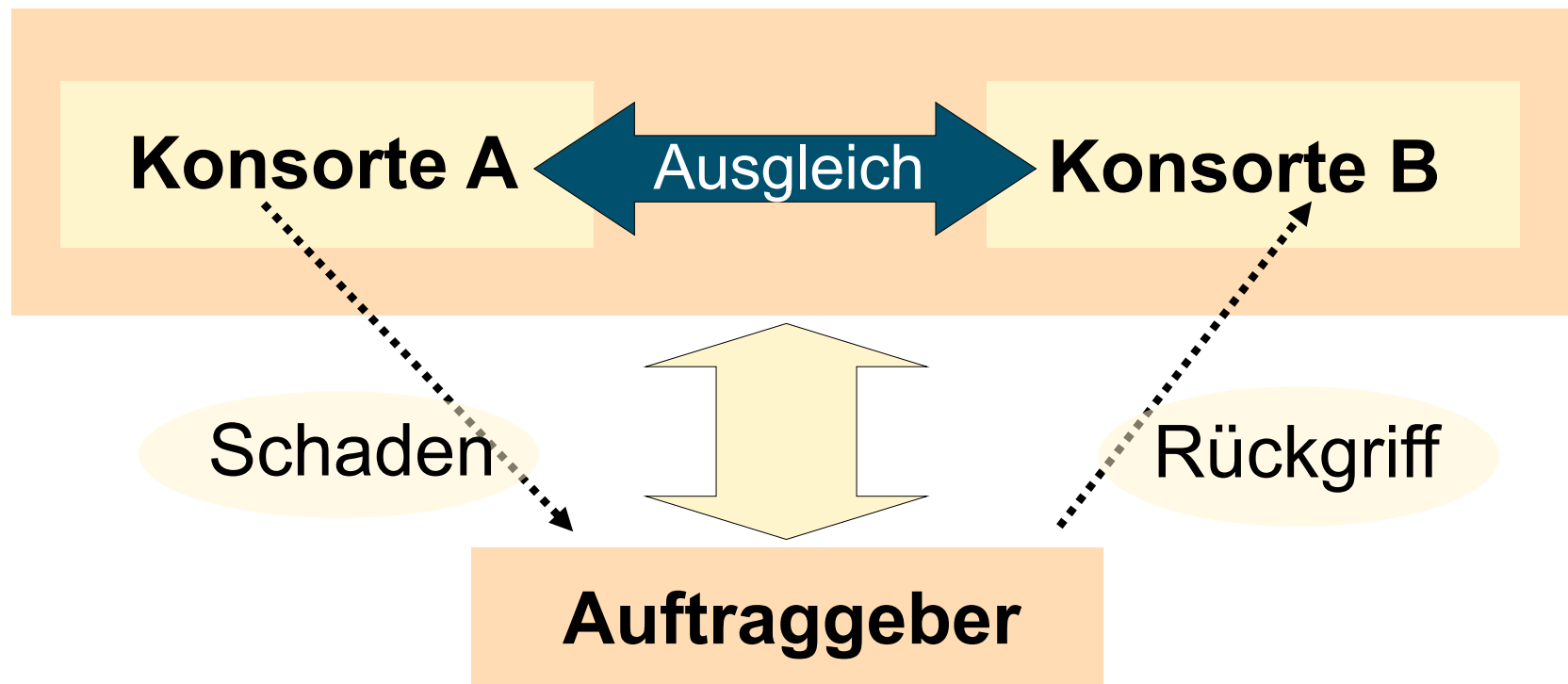
- Zusammenfassung von Personen zu einer **rechtlich geordneten Organisation**
- **eigene Rechtsfähigkeit** – kann klagen und verklagt werden

■ die juristische Person ist zwar Träger von Rechten und Pflichten, kann aber nur durch Ihre Organe handeln

- Organe bei der GmbH: **Geschäftsführung**
- Organe bei der Aktiengesellschaft: **Vorstand**
- Vorstand / Geschäftsführung unterschreiben ohne Zusatz (i.V., ppa. ...)
- sonst: Hinweis auf Vertretung durch Zusatz ppa., i.V.

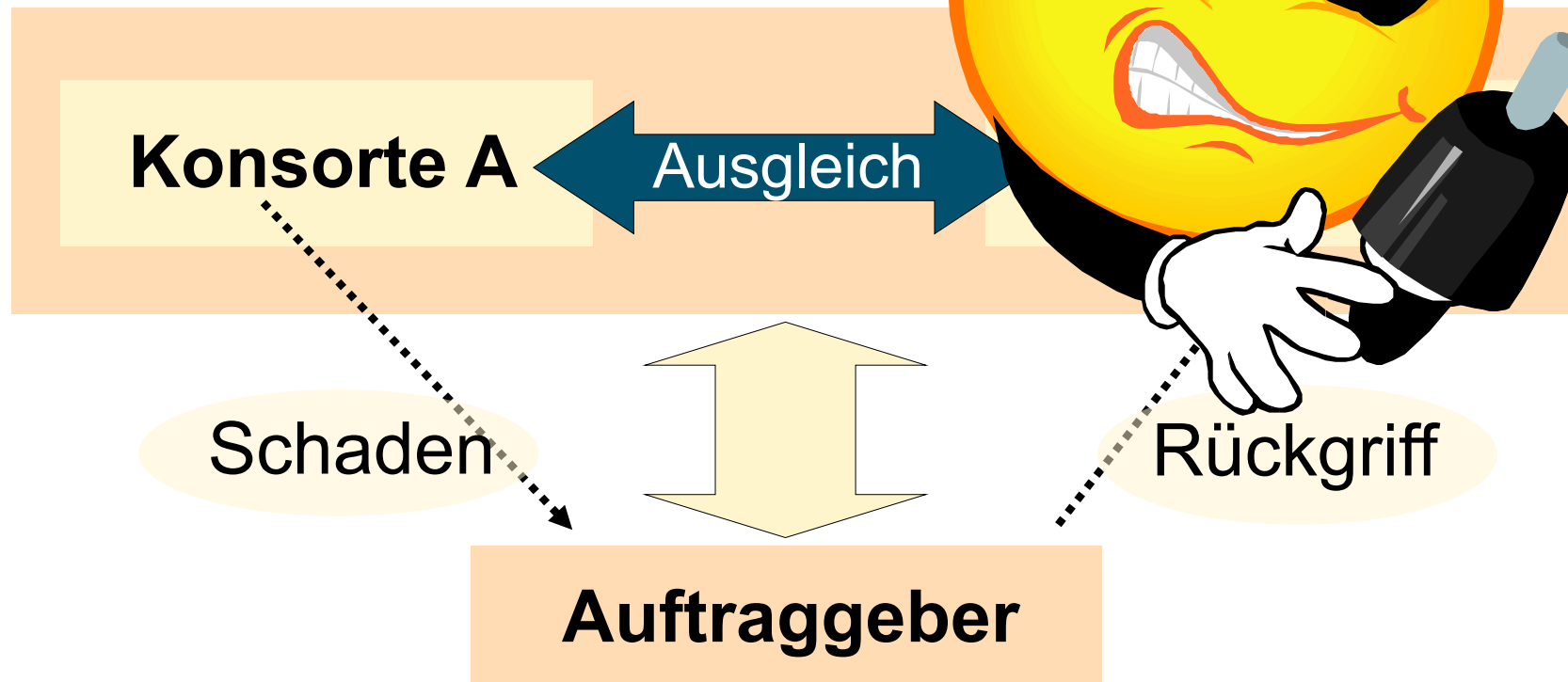
Exkurs: die Gesellschaft bürgerlichen Rechts

- gesetzliche Bestimmungen in den **§ § 705 ff. BGB**
- andere Namen: ARGE, Konsortium
- Risiken: Haftungsproblematik im Innenverhältnis, steuerliche Aspekte



Exkurs: die Gesellschaft bürgerlichen Rechts

- gesetzliche Bestimmungen in der BGB-Gesellschaft
- andere Namen: ARGE, Konsortium
- Risiken: Haftungsproblematik im Innenverhältnis



Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

RA Prof. Wolfgang Müller

Fachanwalt für Informationstechnologierecht
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht
Schlichter/Schiedsrichter nach SOBau
Honorarprofessor der Technischen Universität Dortmund
Lehrbeauftragter der Fachhochschule Dortmund

Schlüter Graf Rechtsanwälte PartG mbB, Dortmund / Hamburg / Dubai